

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #34/2012

13. Oktober 2012

Die Fragen stellte Isabella Gilles, 15, Schülerin aus Oberursel.

Isabella Gilles

Frau Bundeskanzlerin, was sagen Sie dazu, dass die EU den Friedensnobelpreis bekommt?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Das ist eine wunderbare Auszeichnung, die einerseits an die Gründerväter der Europäischen Union erinnert, die nach dem Zweiten Weltkrieg davon beseelt waren, dass nie wieder Krieg zwischen den Völkern in Europa sein darf. Und das haben wir geschafft. Und zum Zweiten ist es Ansporn für uns, die wir heute die Europäische Union weiterentwickeln und zu einem Modell machen wollen, wie auch andere Regionen der Welt besser zusammenleben können.

Brauchen wir die EU und den Euro denn wirklich, oder wäre auch ein Deutschland ohne EU und Euro möglich?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir die Europäische Union brauchen und dass der Euro weit mehr ist als eine Währung – er ist ein Bekenntnis zusammenzuhalten. Wir leben heute als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union in einer Welt, in der sieben Milliarden Menschen leben. Und wenn wir unsere Ideale von Demokratie, von Meinungsfreiheit, von Toleranz, von Religionsfreiheit, von Pressefreiheit umsetzen wollen, dann sind wir zusammen stark. Jeder Einzelne allein wird sich nicht durchsetzen können.

Was bringt mir die EU denn konkret als Schülerin in der Zukunft?

Die Europäische Union bringt jedem jungen Menschen die Möglichkeit, ohne Pässe in die allermeisten europäischen Länder zu reisen. Man kann studieren, man kann arbeiten in einem Nachbarland der Europäischen Union – es gibt Förderprogramme wie LEONARDO und ERASMUS, und es gibt sehr viele Schülerpartnerschaften. Aber ich glaube, diese Möglichkeit, einen gemeinsamen Raum zu haben, in dem man sich aufhalten kann, in dem man Rechtssicherheit hat, das ist ein Lebensgefühl, das hatten die Generationen vor uns nicht.

Und es gibt eine Wirtschaftsunion und die EU versucht ja auch außenpolitisch geschlossen aufzutreten. Wäre daher nicht ein Staat Europa sinnvoll, etwa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten?

Ich glaube, wir sollten uns nicht überfordern. Wir sind ja doch Länder mit einer sehr eigenen nationalen Geschichte. Jedes hat seine Sprache, seine Kultur. Das heißt, wir sollten da zusammenarbeiten, wo es unabdingbar ist, aber die Europäische Union wird immer ein Gebilde sein, das einzigartig ist, das es so auf der Welt noch nicht gibt. Wir haben in der Präambel unseres Grundgesetzes – da waren die Mütter und Väter des Grundgesetzes schon sehr weise – geschrieben: dass wir von dem Willen beseelt sind, als gleichberechtigtes Glied in einem

vereinten Europa für den Frieden in der Welt einzutreten. Und dieses vereinte Europa, das ist weder ein Staat noch ist es nur eine Summe von Staaten, sondern es ist eben eine politische Konstruktion, wie es sie sonst nicht gibt; die all das nach Europa zur Entscheidung gibt, was zu Hause nicht so gut entschieden werden kann.

Seit zwei Jahren werden Zahlungen für Griechenland geleistet, dennoch hat sich die wirtschaftliche Situation dort nicht erheblich verbessert. Wie kann man verhindern, dass Griechenland ein Fass ohne Boden wird?

Wir sind mit Griechenland sehr viel in Kontakt. Ich habe ja Griechenland auch besucht. Und ich habe den Eindruck, dass Schritt für Schritt doch auch Fortschritte sichtbar sind. Oft langsamer, als wir uns das vorgestellt haben, aber wir sollten hier doch auch Griechenland immer wieder eine Chance geben. Einerseits fordern, dass die Abmachungen auch eingehalten werden, die wir gemeinsam beschlossen haben. Aber andererseits auch als Freunde, als Partner helfen und unterstützen.

Ist denn eine EU, in der immer mehr Länder Finanzhilfen beantragen, wirklich zukunftsfähig?

Nein, natürlich nicht. Wenn das so bleiben würde, wäre das falsch. Aber jetzt werden wir auch von den Märkten getestet, ob wir zusammenhalten. Und dafür haben wir uns in den letzten zwei Jahren auch die Instrumente geschaffen, die notwendig sind, um dauerhaft den Euro-Raum zu schützen. Das ist der Europäische Stabilitätsmechanismus. Das ist auch der Fiskalpakt, in dem wir deutlich machen: Wir wollen uns in Zukunft besser an die selbstgegebenen Regeln halten. Und insofern ist es ein mühseliger Weg. Es ist ein Weg, der nicht mit einem Paukenschlag zum Erfolg führt, es ist ein notwendiger Weg. Aber ich glaube, wir können das schaffen, dass Europa stärker aus der Krise herauskommt, als es hineingegangen ist.